



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · Odeonstr. 15/16 30159 Hannover

Deutscher Bundestag

Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin
Ansprechpartner: Lars Drebold, Birgit Heine,
Kathrin Kortmann
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Ansprechpartnerinnen:
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu
Tel: (05 11) 16 74 303 (9:00 - 14:00 Uhr)
Fax: (05 11) 92 03 190
Email: matthias.miersch.wk@bundestag.de

www.matthias-miersch.de

Berlin, im September 2015

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Genossinnen und Genossen,**

in diesen Tagen dreht sich in Berlin alles um das Thema „Flüchtlinge“. Mit dem Film „Neuland“ haben wir im Wahlkreis die Flüchtlingsthematik bereits im Rahmen meiner Sommertour angesprochen. Ich bin froh und stolz auf die vielen Bürgerinnen und Bürger, die auch in unserem Wahlkreis helfen. Gleichzeitig weiß ich um die Sorgen und Nöte. Mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern habe ich in den letzten Wochen versucht, auf die Beschlüsse des gestrigen Gipfels Einfluss zu nehmen. Die Herausforderungen sind enorm und alle werden einen langen Atem brauchen. Dennoch sind die gestrigen Beschlüsse der Bundesregierung mit den Ministerpräsidenten - nach meiner ersten Beurteilung - wichtige Bausteine einer wirkungsvollen Flüchtlingspolitik, die wir nun in den kommenden zwei Sitzungswochen in Gesetze umwandeln müssen:

- Es wird Pauschalzahlungen des Bundes für jeden Flüchtling geben, so dass nun das Verhandeln über “Geldpakete“ zwischen Bund und Ländern entfällt;
- Die unbegleiteten Kinder und Jugendlichen werden besonders berücksichtigt;
- Die Verfahren sollen beschleunigt und besser zwischen Bund und Ländern abgestimmt werden. Hier hätte der Bundesinnenminister Thomas De Maizière bereits vor Monaten bzw. Jahren handeln müssen;
- Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten wird um die Staaten Kosovo, Albanien und Montenegro erweitert, wobei die Verbesserung der Situation der Roma in diesen Ländern ebenfalls noch auf der Agenda



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

steht. Die Frage der sicheren Herkunftsstaaten wird noch einmal im Gesetzgebungsverfahren ausführlich diskutiert werden, da die Frage der Wirkung durchaus unterschiedlich beurteilt wird. Die Zahlen der Flüchtlinge aus diesen Ländern sind inzwischen auch stark gesunken;

- Die Unterbringung in den Erstaufnahmeeinrichtungen dient auch der Ermittlung einer Bleiberechtsperspektive. Ziel ist es, den Kommunen Flüchtlinge mit entsprechender Perspektive zu übergeben;
- Die Einführung der Gesundheitskarte wird ermöglicht. Die psychologische Betreuung der Flüchtlinge soll verbessert werden;
- Integrations- und Sprachkurse sollen ausgeweitet werden;
- Bis zu 10.000 zusätzliche Stellen im Bundesfreiwilligendienst sollen das ehrenamtliche Engagement stärken;
- Jährlich 500 Mio. Euro sowie weitere Anreize für den Sozialen Wohnungsbau sind ein erster wichtiger Schritt, um auf dem Wohnungsmarkt nicht nur für Flüchtlinge etwas zu tun.

Gleichzeitig ist auch klar, dass es sich bei dem Thema „Flüchtlinge“ um eine globale Herausforderung handelt. An diesem Wochenende werden die Vereinten Nationen in New York Nachhaltigkeitsziele beschließen. Dabei geht es um den Umweltschutz, aber genauso um Armutsbekämpfung und um elementare Menschenrechte. Seit meinem Einzug in den Bundestag 2005 arbeite ich an dem Thema „Nachhaltige Entwicklung“. Vor drei Jahren war ich in Rio Mitglied der Deutschen Delegation auf einer Vorbereitungskonferenz für den heute stattfindenden Gipfel. Insoweit ist nun die Verabschiedung der Nachhaltigkeitsziele durch die Vereinten Nationen für mich ein wirklicher Meilenstein! Wichtig ist jetzt, dass auch Taten folgen und die Nachhaltigkeitsziele Leitlinien der nationalen Politik werden. Wir können jetzt hautnah erleben, dass Hunger, Krieg und Klimawandel auch bei uns spürbar sind. Es ist in unsere Pflicht, Menschen auf anderen Kontinenten eine Perspektive zu geben.

Abschließend möchte ich Sie und Euch mit einem Papier (Morgen Gut Leben) konfrontieren, das ich in meiner neuen Funktion als Sprecher der



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion mit dem stv. Parteivorsitzenden Ralf Stegner und der Vorsitzenden der Jusos, Johanna Ueckermann, verfasst habe. Wir wollen mit diesem Papier das Angebot des Parteivorsitzenden, Sigmar Gabriel, annehmen, über die zukünftige programmatische Aufstellung der SPD zu diskutieren. Über Reaktionen würde ich mich sehr freuen.

Jetzt geht's wieder in den Plenarsaal.

Herzliche Grüße!

Ihr/Euer

Es grüßt Sie und Euch!

Matthias Miersch, MdB

Morgen Gut Leben 10 Thesen für eine gerechte und offene Gesellschaft

Wie soll unser Zusammenleben im Jahr 2025 aussehen? Mit dem Papier Starke Ideen für Deutschland 2025 hat Sigmar Gabriel den Auftakt gemacht für eine Diskussion über sozialdemokratische Politik in den kommenden zehn Jahren. Als SPD-Linke werden wir uns auf allen Ebenen an dieser Diskussion beteiligen. Dabei stützen wir uns auf die Grundwerte der Sozialdemokratie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, sowie auf das Leitbild einer modernen, offenen und teilhabeorientierten Gesellschaft.

Die zentrale Aufgabe für alle Teile der SPD ist es, die Alltagsprobleme der Menschen in den Mittelpunkt zu rücken und damit Vertrauen zurückzugewinnen. Dabei wollen wir echte und ehrliche Antworten auf die Probleme finden und nicht nur Symptome kaschieren. Gleichzeitig müssen wir den Mut haben, Ideen und Visionen für die Zukunft zu entwickeln. Als progressive Kraft muss die SPD am Puls der Zeit bleiben. Unsere Gesellschaft verändert sich ständig – sie wird bunter, individueller und pluralistischer. Den eigenen Lebensraum



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

verwirklichen zu können wird für viele Menschen immer wichtiger. Dies muss ohne Angst möglich sein. Unser Anspruch ist es, allen die nötige Sicherheit für Selbstbestimmung und Souveränität über die eigene Lebensführung zu geben. Wir wollen ein gutes Leben für alle. Gerechtigkeit ist und bleibt die Kernkompetenz der Sozialdemokratie – daran muss sich jeder programmatische Beitrag messen lassen.

- 1.) Wirtschafts- und Verteilungskompetenz gehören untrennbar zusammen. Wir sind überzeugt, dass eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen die Voraussetzung für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum ist. Verteilungsfragen finden zuallererst auf dem Arbeitsmarkt statt. Deshalb sind die von der SPD durchgesetzten Reformen auf dem Arbeitsmarkt wie die Einführung des Mindestlohns oder die Regulierung von Leiharbeit so wichtig. Die SPD muss sich weiter als Partei der Guten Arbeit und Ausbildung positionieren, für eine Stärkung der Tarifbindung streiten und prekäre Beschäftigungsverhältnisse konsequent bekämpfen, denn der Arbeitsmarkt wird sich in den kommenden Jahren radikal wandeln. Aufgrund von Digitalisierung und Automatisierung werden Veränderungen häufiger und schneller erfolgen müssen. Weiterbildung und Partizipation der Beschäftigten sind Grundvoraussetzungen dafür, dass der digitale Wandel gelingen kann. Wir müssen neue Formen der sozialen Absicherung und eine größere Zeitsouveränität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen. Auch die Gleichstellung der Geschlechter wird auf dem Arbeitsmarkt entschieden. Die SPD muss die gleiche Entlohnung von Frauen und Männern ohne Einschränkungen durchsetzen.

- 2.) Ein zentraler Ort unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens ist die Familie. An vielen Stellen hinkt die Politik hier jedoch den gesellschaftlichen Entwicklungen hinterher. Familie ist dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen - ob mit Kindern oder ohne, ob in hetero- oder homosexuellen Partnerschaften, ob verheiratet oder nicht. Moderne Familienpolitik heißt für uns, Partnerschaftlichkeit zu unterstützen. Denn Mütter wollen ebenfalls einen Beruf, der sie ausfüllt, und Väter wollen ebenso ihre Kinder beim Aufwachsen begleiten. Die SPD muss die Partei sein, die Familien stärkt, absichert und ihren Alltag leichter macht. Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften, die bessere Unterstützung von Alleinerziehenden und der Ausbau der Kinderbetreuung sind für uns wichtige Ziele. Menschen dabei zu helfen, so zu leben wie sie wollen, statt ihnen vorzuschreiben, wie sie leben sollen - das ist moderne Familienpolitik.



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages

- 3.) Eine zentrale Gerechtigkeitsfrage in Deutschland bleibt die Bildungspolitik. Bildung entscheidet über Lebenschancen. Damit kein Kind zurückgelassen wird, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen vonnöten, um wenigstens die durchschnittlichen Bildungsausgaben der OECD-Länder zu erreichen. Die Digitalisierung begreifen wir als Chance für die Bildung – wir müssen dabei aber sicherstellen, dass alle an der digitalen Entwicklung teilhaben können. Ziel der SPD ist die komplette Gebührenfreiheit von der KiTa bis zum Studium, aber auch mehr Ganztagschulen und die vollständige Umsetzung der Inklusion. Lebenslanges Lernen und moderne Bildungspolitik von Schule über berufliche Bildung bis zur Universität sind eine gesamtstaatliche Aufgabe. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss deshalb aufgehoben werden. Wenn nicht die individuelle Leistung durch Arbeit das Einkommen und die Chancen bestimmt, sondern das Elternhaus und das ererbte Vermögen, wird die Demokratie scheitern. Es ist Aufgabe der SPD, dafür zu sorgen, dass Chancengleichheit gesellschaftliche Realität wird. Herkunft darf kein Schicksal sein!

- 4.) Gesellschaftliche Zukunftsängste sind eng mit Fragen nach sozialer Absicherung verknüpft. Eine zentrale Unsicherheit für viele Menschen ist, ob sie ihren einmal erreichten Lebensstandard halten können. Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, darf im Alter nicht von Armut bedroht sein. Die SPD muss der Garant dafür sein, dass das Rentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung langfristig bei über 50 Prozent stabilisiert wird. Wir dürfen keine Privatisierung von Lebensrisiken zulassen! Auch muss eine zukunftsichere Altersversorgung solidarisch unter allen Berufsgruppen organisiert werden. Der Übergang in die Rente soll je nach individueller Lebenssituation flexibel möglich sein, denn jedes Arbeitsleben ist anders und die damit verbundenen Belastungen und Herausforderungen sind unterschiedlich. Eine verlässliche Alterssicherung ist für uns Grundpfeiler einer gerechten Gesellschaft. Rente ist keine Sozialleistung nach Kassenlage, sondern Ertrag von Lebensleistung.

- 5.) Sich an den Alltagssorgen und Unsicherheiten der Menschen zu orientieren, muss für die SPD auch bedeuten, dass sie den Themen Gesundheit und Pflege eine hohe Priorität beimisst. Wir bleiben dabei: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen durch die Einführung der Bürgerversicherung unabhängig von ihrer Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus eine gute Kranken- und Pflegeversicherung haben. Gleichzeitig müssen wir die Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige Pflege kontinuierlich verbessern, Pflegeberufe deutlich aufwerten und Angehörige unterstützen. Denn nur wer sich darauf verlassen kann, im Alter und bei Krankheit abgesichert zu sein, kann Vertrauen in die Zukunft entwickeln.



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages

- 6.) Der Zugang zu qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und die Bezahlbarkeit einer nachhaltigen Energieversorgung sind zentrale Politikfelder einer sozial gerechten Gesellschaft. Wie keine andere Partei kann die SPD ökologische Aspekte und soziale Fragen programmatisch beantworten. Nicht nur Anreize, sondern auch gesetzgeberische Vorgaben sind nötig, um diesen Transformationsprozess zu begleiten. Die Sensibilität der Bevölkerung gegenüber fragwürdigen landwirtschaftlichen Methoden, die Endlichkeit fossiler Energieträger und die zahlreichen kriegerische Auseinandersetzungen um Rohstoffe zeigen die Dringlichkeit der Thematik.
- 7.) Wir vererben kommenden Generationen nicht nur Kontostände, sondern auch Infrastruktur und damit Wachstumspotentiale. Die Schuldenbremse engt den Spielraum von Bund, Ländern und Kommunen massiv ein. Deshalb braucht die SPD ein pragmatisches Verständnis von Finanzpolitik, das sowohl strukturell ausgeglichene Haushalte, als auch die notwendigen Investitionen in Bildung, Innovation und Infrastruktur im Blick hat. Wir müssen durch staatliche Mehreinnahmen den Handlungsspielraum so erhöhen, dass neue Investitionen möglich werden. Die öffentliche Hand muss über ausreichende Finanzen verfügen und darf zur Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht auf Kooperationen mit der Privatwirtschaft angewiesen sein. Dafür sollen besonders hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften stärker herangezogen und Kapitalerträge endlich progressiv besteuert werden. Für uns steht fest: Kein Bereich der Daseinsvorsorge darf privatisiert werden!
- 8.) Die Welt ist derzeit von so vielen außenpolitischen Krisen, Konflikten und Kriegen geprägt wie seit langer Zeit nicht mehr. Von jeher ist die SPD eine Friedenspartei. Wir sind davon überzeugt: Deutschlands Rolle in der Welt ist keine militärische. Wir sollten Weltmeister in der Entwicklungszusammenarbeit werden und so Fluchtursachen bekämpfen, statt Rekorde beim Rüstungsexport zu halten. Deutschland muss aktiv für Frieden und Entspannung eintreten. Fairer und nicht freier Handel ist dabei für uns eine zentrale Leitlinie. Das gemeinsame Agieren als Europäische Union ist zentral: Wir wollen ein solidarisches Europa, das nicht nur Binnenmarkt, sondern viel stärker als bisher auch eine demokratische Wertegemeinschaft und eine soziale Union ist und damit wieder positives Identifikationspotential weckt. Dazu gehört auch eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik. Innereuropäische Fluchtgründe, wie z.B. die Diskriminierung von Roma, müssen entschieden bekämpft werden. Um endlich auch wieder Perspektiven für Europas junge Generation zu bieten, müssen wir auch in der Krisenpolitik die Kehrtwende einläuten. Die Austeritätspolitik ist



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages

gescheitert. Wir brauchen mehr Investitionen, mehr Beschäftigung und finanzielle Spielräume in den Krisenländern. Europäische Desintegration ist für uns keine Option!

- 9.)** Die außenpolitischen Krisen sind nicht weit weg, sondern auch hierzulande spürbar. Immer mehr Menschen fliehen vor Verfolgung und Not, auch zu uns nach Deutschland. Vielerorts werden Geflüchtete mit offenen Armen empfangen, jedoch mehren sich auch die Stimmen, die durch Rassismus Angst und Hass verbreiten und damit Gewaltbereitschaft schüren. Die SPD ist die politische Kraft, die Flüchtlinge, aber auch die zahlreichen Helferinnen und Helfer vor Ort unterstützt, ihnen zur Seite steht und für eine offene Gesellschaft streitet. Jeglicher Form von Populismus, Rassismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit stellen wir uns entschieden entgegen! Humanitäre Flüchtlingspolitik und das Eintreten für eine offene Gesellschaft sind für uns eine Haltungsfrage. Eine Aushöhlung des Asylrechts aufgrund aktueller Entwicklungen und Einschränkungen der Reise- und Bewegungsfreiheit in Europa darf es mit der SPD nicht geben. Wir laden Menschen ein, gemeinsam mit uns die Zukunft unseres Landes zu gestalten und wollen dafür auch Wege jenseits von Asylverfahren öffnen. Wir wollen ein Einwanderungsgesetz, das Menschen nicht auf ihre ökonomische Nützlichkeit reduziert. Die SPD ist die Partei, die Integration gestaltet und das Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft organisiert. Es liegt an uns, für einen gesellschaftlichen Diskurs von Solidarität und Weltoffenheit zu werben.
- 10.)** Das Leitbild der modernen, offenen und teilhabeorientierten Gesellschaft bedeutet für uns, dass Sicherheit und Bürgerrechte keine Gegensätze sein dürfen. Kriminalität und Gewalt wirksam zu bekämpfen und gleichzeitig die Bürgerrechte zu stärken ist eine Herausforderung, der wir uns als Sozialdemokratie stellen müssen. Menschen müssen souverän über ihre persönlichen Daten bestimmen können – nur so können wir die Chancen einer freiheitlichen digitalen Gesellschaft für die Revitalisierung der Demokratie nutzen. Beteiligung und Teilhabe müssen aber auch offline ausgebaut werden. Schulen, Hochschulen und Betriebe müssen Orte der gelebten Demokratie werden! Diskussionen und politische Mitsprache müssen überall selbstverständlich sein. Nur so kann politische Willensbildung schon früh genug beginnen. Die Wahlentscheidung ist der Höhepunkt der Demokratie. Die alte sozialdemokratische Forderung „Mehr Demokratie wagen!“ muss mit neuem Leben gefüllt werden!

Die SPD hat in dieser Legislaturperiode zentrale Forderungen aus unserem sehr guten sozialdemokratischen Wahlprogramm 2013 wie Mindestlohn, Rente mit 63, Mietpreisbremse und Frauenquote umgesetzt und damit Glaubwürdigkeit



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

zurückgewonnen. Das ist ein wichtiger Schritt, um Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen, die wir wegen erheblicher Gerechtigkeitsdefizite der rotgrünen Sozialreformen im letzten Jahrzehnt verloren haben. Aber das alleine reicht nicht - begeistern werden wir nur, wenn Markenkern und Profil der SPD klar erkennbar sind. Versuche, die Programmatik der SPD in Richtung Union zu verschieben um damit eine vermeintliche Mitte anzusprechen, sind – das zeigen die Erfahrungen der letzten Bundestagswahl – der falsche Weg. Wenn die Wählerinnen und Wähler den Eindruck haben, dass unsere Politik nicht gerecht ist, bleiben sie zu Hause oder wählen andere Parteien. Potentielle Gewinne aus dem konservativen Lager durch Anpassung an deren Programmatik brächten im Saldo große Verluste mit sich. Eine schwache SPD, die dauerhaft unter 30 Prozent bleibt, ist aber für die Mehrheit der Menschen in diesem Land fatal, denn eine sozial gerechte und ausgewogene Politik gibt es nur, wenn die SPD die führende Regierungspartei ist. Das deutlich zu machen gelingt uns mit einer Programmatik, die bei aller Notwendigkeit von programmatischer und personeller Pluralität das Streben nach sozialer Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt.